

"Adapt a winning team": die Auswirkungen der Europäischen Wirtschafts- und Währungsunion auf Konjunkturzyklen und die wirtschaftspolitischen Institutionen ; Österreich im europäischen Vergleich

Enderlein, Henrik

Veröffentlichungsversion / Published Version
Zeitschriftenartikel / journal article

Empfohlene Zitierung / Suggested Citation:

Enderlein, H. (2001). "Adapt a winning team": die Auswirkungen der Europäischen Wirtschafts- und Währungsunion auf Konjunkturzyklen und die wirtschaftspolitischen Institutionen ; Österreich im europäischen Vergleich. *Österreichische Zeitschrift für Politikwissenschaft*, 30(3), 257-274. <https://nbn-resolving.org/urn:nbn:de:0168-ssoar-59740>

Nutzungsbedingungen:

Dieser Text wird unter einer CC BY-NC Lizenz (Namensnennung-Nicht-kommerziell) zur Verfügung gestellt. Nähere Auskünfte zu den CC-Lizenzen finden Sie hier: <https://creativecommons.org/licenses/by-nc/4.0/deed.de>

Terms of use:

This document is made available under a CC BY-NC Licence (Attribution-NonCommercial). For more Information see: <https://creativecommons.org/licenses/by-nc/4.0>

„Adapt a Winning Team!“

Die Auswirkungen der Europäischen Wirtschafts- und Währungsunion auf Konjunkturzyklen und die wirtschaftspolitischen Institutionen: Österreich im europäischen Vergleich

Welchen wirtschaftspolitischen Anpassungsdruck ruft der Beitritt zur Europäischen Wirtschafts- und Währungsunion (EWWU) in Österreich hervor? Dieser Frage wird anhand einer vergleichenden Untersuchung stabilitätsorientierter Wirtschaftspolitiken nachgegangen. Im ersten Teil wird eine quantitative Untersuchung zur Interaktion von Geld-, Finanz- und Lohnpolitik in 14 europäischen Ländern für die Zeit vor der Währungsunion entwickelt und Österreich vergleichend eingeordnet. Der Aufsatz argumentiert, dass der aus dem EWWU-Beitritt resultierende Anpassungsdruck asymmetrisch auf die Mitgliedsländer wirkt und abhängig von der stabilitätspolitischen Aufgabenverteilung zwischen Geld-, Lohn- und Finanzpolitik ist, wie sie vor dem EWWU-Beitritt bestand. Die Untersuchung zeigt ein wirtschaftspolitisches Regime in Österreich, das schon vor dem EWWU-Beitritt Mitglied einer de facto Währungsunion mit Deutschland war und dennoch (dank hoher struktureller Ähnlichkeiten mit Deutschland) bis zur Mitte der 1990er Jahre eine antizyklische Geldpolitik zur Stabilisierung einsetzen konnte. Aus dem Analyserahmen lässt sich ableiten, dass der Anpassungsdruck auf die österreichischen wirtschaftspolitischen Institutionen zwar geringer als in vielen anderen EWWU-Ländern ist, dennoch aber nicht unterschätzt werden sollte. Mit dem Beitritt zur Währungsunion nahm der Druck auf die Finanzpolitik zu, die antizyklischen Aufgaben der Geldpolitik zu übernehmen und deshalb aus dem „political exchange“ mit den Gewerkschaften auszuscheren. Der Aufsatz illustriert qualitativ die neue Interaktion von Finanz- und Lohnpolitik seit 1994 und zeigt, warum das korporatistische System Österreichs diesen Wandel in der Finanzpolitik problemlos gemeistert hat, während er anderen Staaten weitaus größere Probleme bereitete.

1. Einleitung¹

Die Auswirkungen des Beitritts eines Nationalstaates zu einer Währungsunion auf die nationale wirtschaftspolitische Handlungs- und Steuerungsfähigkeit sind in der politikwissenschaftlichen Literatur bislang nur wenig untersucht worden. Zwar haben einzelne Teilbereiche der vergleichenden politischen Ökonomie (VPÖ) die aus dem Beitritt zur Europäischen Wirtschafts- und Währungsunion (EWWU) entstandenen Herausforderungen für bestimmte Akteure und Akteursgruppen untersucht, gleichwohl fehlt in der Literatur ein Analyse-

modell, das eine umfassende vergleichende Einordnung des durch die EWWU – und der mit ihr einhergehenden Ausgliederung der Geldpolitik aus dem nationalen Raum – ausgelösten Anpassungsdrucks erlaubt.

Einer der Gründe für diese Forschungslücke ist die schwer abzuschätzende makroökonomische Neukonstellation, der sich die EWWU-Beitrittsstaaten gegenübergestellt sehen: Die wirtschaftswissenschaftliche Forschung weist immer wieder darauf hin, dass die Rolle von Wechselkursen als Anpassungsinstrumente bei auftretenden Asymmetrien im Europa vor der Währungsunion überschätzt

wird.² Dies lässt Anpassungsprozesse als Konsequenz des Wechselkursverlustes wenig wahrscheinlich erscheinen. Wie aber steht es um die Geldpolitik als nationale wirtschaftspolitische Variable? In der Ökonomie ist diese Frage meinem Kenntnisstand nach nicht explizit untersucht worden. Gleichzeitig hat allerdings einer der einflussreichsten Zweige der VPÖ, die sog. „Varieties of Capitalism“-Literatur (Hall/Soskice 2001; Iversen et al. 2000; Kitschelt 1999; Scharpf 1987), mehrere theoretisch fest verankerte Erklärungsansätze unterschiedlicher nationalökonomischer Performanzdaten entwickelt. Die darin entwickelten Logiken und Transmissionsmechanismen werden nun aber durch die Schaffung der EWWU in Frage gestellt, weil sie der geldpolitischen Grundhaltung einer nationalen Zentralbank große Bedeutung beimessen.

Wenn nationale Zentralbanken in ihrer Interaktion mit anderen wirtschaftspolitischen Akteuren tatsächlich die nationale Wirtschaftspolitik in dem Maße geprägt haben, wie Scharpf (1987), Iversen (1998; 1999a), Soskice/Iversen (1998) und Hall/Franzese (1998) vermuten, dann sollten die institutionellen Auswirkungen der Ausgliederung der Geldpolitik aus dem nationalen Raum nicht unterschätzt werden.

Wie kann die von der „Varieties of Capitalism“-Literatur begonnene Theorieentwicklung im Rahmen der EWWU erfolgreich fortgeführt werden? Eine einfache Ausweitung der existierenden Ansätze auf die EWWU, die dann als eigenständiger Wirtschaftsraum mit einer gemeinsamen Zentralbank und einem dezentralisierten, recht heterogenen Lohnraum untersucht wird, wie sie Soskice/Iversen (1998) und Hall/Franzese (1998) vornehmen, erscheint wenig geeignet. Denn sie wird in dieser Form weder der bislang einzigartigen wirtschaftspolitischen und institutionellen Struktur der EWWU gerecht werden, in der nationale Instrumente der Wirtschaftspolitik (Lohn- und Finanzpolitik) und ein europäisches Instrument (Geldpolitik) nebeneinander bestehen und interagieren, noch erlaubt sie die Fortsetzung der ländervergleichenden institutionellen Wirtschaftsforschung im integrierten Währungsraum, weil die nationalen Systeme in dieser Betrachtung

zu regionalen Untereinheiten eines einzigen Wirtschaftsraums werden.³

Dieser Beitrag unternimmt deshalb den Versuch, einen Erklärungsansatz zu entwickeln, der die institutionellen Konsequenzen des EWWU-Beitritts auf die nationale Wirtschaftspolitik eines Mitgliedslandes europäisch-vergleichend herleitet und von dem sich erste Thesen zu funktional vielleicht äquivalenten, aber institutionell unterschiedlichen nationalen Wirtschaftspolitiken auch innerhalb des gemeinsamen Währungsraumes ableiten lassen.

In einem ersten Schritt wird ein solcher Ansatz entwickelt. In einem zweiten Schritt folgt dann die vergleichende Einordnung Österreichs bezüglich des durch den EWWU-Beitritt ausgelösten ökonomischen Anpassungsdrucks und in einem dritten Schritt bezüglich des institutionellen Anpassungsdrucks. Im abschließenden Teil werden die Ergebnisse mit zu beobachtenden institutionellen oder im Verhalten der Akteure festzustellenden Neuausrichtungen in der österreichischen Wirtschaftspolitik seit den frühen 1990er Jahren verglichen.

2. Der Analyserahmen

Wirtschaftspolitik wird hier als die Interaktion von Geld-, Finanz- und Lohnpolitik definiert und muss in zwei Dimensionen verortet werden.

- Stützt man sich auf die gängigen Annahmen der vergleichenden politischen Ökonomie (VPÖ), dann ergibt sich aus der Interaktion der drei wirtschaftspolitischen Bereiche ein langfristig ausgerichtetes Zusammenspiel, das zu unterschiedlichen ökonomischen Durchschnittsperformanzen über längere Zeiträume im Ländervergleich führt. Zwar divergieren die Ansätze bezüglich der zu beobachtenden Kausalmechanismen,⁴ doch der gemeinsame Nenner ist die Annahme, dass statische Institutionen- oder Organisationsgefüge als erklärende Variablen divergierender Durchschnittsgrößen (d. h. Gleichgewichtsgrößen) bei Inflation, Arbeitslosigkeit, Wirtschaftswachstum, Lohnungleichheit etc. dienen können. Dieses institutionelle Gleichgewicht kann entwe-

der mit ökonomischen Untersuchungsmethoden formal modelliert und empirisch überprüft (Iversen 1999a) oder anhand von Fallstudien historisch-institutionell abgeleitet werden (Thelen 1991). Wirtschaftspolitische Institutionen gelten in diesem Ansatz als sichere Indikatoren bestimmter Verhaltensmuster und variieren zeitlich überhaupt nicht oder nur wenig. Die dem langfristigen Zusammenspiel wirtschaftspolitischer Institutionen zugrunde liegende Mikrologik, wie sie in der Kausalverbindung zwischen bestimmten institutionellen Charakteristika und Verhaltensmustern hergestellt wird, erklärt sich durch Maximierungsstrategien *ex ante* definierter Nutzenfunktionen der beteiligten Akteure.

- Neben den nur langfristig erkennbaren Grundausrichtungen kennt die wirtschaftspolitische Theorie aber auch kurzfristige Zielvariablen, die das Untersuchungsobjekt stabilitätspolitischer Analysen von Wirtschaftssystemen darstellen.⁵ Den geld-, finanz- und lohnpolitischen Institutionen stehen bei der Reaktion auf kurzzeitige konjunkturelle Schwankungen unterschiedliche Optionen zur Verfügung, die nicht kausal mit den oben beschriebenen langfristigen Grundausrichtungen in Verbindung gebracht werden können. So kann z. B. auch eine langfristig expansive Lohnpolitik kurzfristig sehr stark antizyklisch operieren, d. h. in Zeiten konjunktureller Schwäche ihre Reallohnansprüche zwar immer noch oberhalb des Produktivitätsanstiegs festsetzen (Kriterium für langfristige Lohnexpansion), die Reallohnsteigerung aber im langfristigen Vergleich sehr viel niedriger ansetzen als im Durchschnitt und in Zeiten wirtschaftlichen Aufschwungs. Selbstverständlich könnte auch der symmetrisch gegenüberliegende Fall eintreten. Dieses Beispiel mag illustrieren, dass die zyklische Ausrichtung der wirtschaftspolitischen Verhaltensmuster nicht minder wichtig ist als die langfristige Grundhaltung.

Die bisherigen Untersuchungen zu den Auswirkungen der EWWU auf nationale Wirtschaftspolitiken haben sich, wie auch die vergleichende Kapitalismusforschung allgemein, ausschließlich auf den ersten Aspekt konzentriert und den Versuch unternommen, Gleich-

gewichtsmodelle für den gesamten Euroraum zu erstellen (Hall/Franzese 1998; Iversen 1998; 1999b). Diese Vorgehensweise wird der wahren Herausforderung der EWWU an die nationalen Wirtschaftspolitiken jedoch nicht gerecht.

Seit den 1980er Jahren hat eine oft nachgewiesene und nachgezeichnete Konvergenz wirtschaftspolitischer Grundhaltungen in allen hier behandelten Politikbereichen eingesetzt. Den Anfang machte die monetaristische Wende in der Geldpolitik, die von einer neutralen Rolle des Geldes ausgeht und dem Inflationswert (oder der Geldmenge) deshalb weitaus größere Bedeutung in der Definition der Geldpolitik zumisst als dem Beschäftigungsniveau. Überall in Europa richteten die Zentralbanken ihr Verhalten nach einem Muster aus, das in der VPÖ gemeinhin als „nicht akkommodierend“ bezeichnet worden ist (Iversen 1999a). Dies hat nicht zu leugnende Auswirkungen auf die politikwissenschaftlichen Analysen: Während noch in den 1960er, 1970er und teilweise auch noch in den 1980er Jahren die Unterscheidung zwischen einer „akkommodierenden“ und einer „nicht akkommodierenden“ Zentralbank einige Erklärungskraft besaß und dementsprechend prominent in formalen Modellen eingesetzt wurde, können die angesprochenen Modelle seit den späten 1980er Jahren und der inzwischen überall in Europa festgeschriebenen institutionellen Unabhängigkeit der Zentralbanken keinen Unterschied mehr zwischen geldpolitischen Verhaltensmustern erkennen.⁶ Das nicht-akkommodierende Regime in der Geldpolitik hat sich, wie von der VPÖ theoretisch vorhergesagt (insbesondere Scharpf 1987), auch auf die Lohnpolitik übertragen. Lohnexpansion (definiert als Reallohnforderungen, die über den Produktivitätsanstieg hinausreichen) hat immer inflationäre Konsequenzen, es sei denn, sie wird konsequent durch Zinserhöhungen der Zentralbank beantwortet; in diesem Fall führt sie zu einem Rückgang des Beschäftigungsniveaus. Wie oft gezeigt, antizipieren die Gewerkschaften das Verhalten einer unabhängigen (oder „nicht-akkommodierenden“) Zentralbank und verzichten von vornherein auf expansive Lohnpolitik. Als Konsequenz kann man in allen EU-Ländern seit Mitte der 1990er Jahre einen Trend zu stärkerer

Lohnrestriktion feststellen. Auch in diesem Bereich sollte die europäische Querschnittsvarianz also nicht mehr in der wirtschaftspolitischen Grundausrichtung gesucht werden. Zuletzt hat auch in der Finanzpolitik die Unterscheidung zwischen expansiver und restriktiver Grundhaltung ihre Bedeutung verloren. Aus unterschiedlichen Gründen, die aber sicherlich auch mit der Monetarisierung der Geldpolitik zusammenhängen,⁷ fällt der langfristig defizitfinanzierten Nachfragepolitik durch Haushaltsexpansion heute eine viel geringere Rolle zu als noch in den 1970er und frühen 1980er Jahren. Die der gängigen VPÖ zugrunde liegenden Konzepte lassen sich also nicht auf die 1990er Jahre und die Zeit seit der EWWU übertragen.

Es gibt allerdings keinen theoretisch fundierten Grund für einen Rückschluss von den eben beschriebenen Phänomenen auf eine Angleichung der *zyklischen* Wirtschaftspolitiken im europäischen Raum. Deshalb kann auch die Untersuchung der Eurozone als eigenes zyklisches Wirtschaftssystem nicht zu rechtfertigen sein, denn lohnpolitische und finanzpolitische Institutionen gleichen sich im europäischen Vergleich keineswegs und verhalten sich in ihrer stabilitätspolitischen Ausrichtung, wie hier gezeigt werden soll, auch nicht gleich. Gerade aber die Stabilitätspolitik ist schon im Delors-Report (Delors 1992) als der Bereich definiert worden, in dem nach Ausgliederung der Geldpolitik aus dem nationalen Raum reale Konsequenzen und auch Kosten für die Mitgliedsländer nicht auszuschließen waren. Da diese Warnung den politischen Akteuren auch in den öffentlichen Debatten über die EWWU immer wieder bewusst gemacht wurde (für den Fall Österreich siehe z. B. Handler/Hochreiter 1998), bietet sich die zyklische oder stabilitätsorientierte Wirtschaftspolitik aus forschungsstrategischer Sicht als der Untersuchungsbereich an, in dem Veränderungen durch den Beitritt weitaus signifikanter sein dürften als in der „traditionellen“ Perspektive. Zusätzlich fällt der kurzfristiger ausgerichteten Stabilitätspolitik auch ein größerer heuristischer Stellenwert in der Untersuchung der Mikrologik im Verhalten wirtschaftspolitischer Akteure zu, wenn die Stabilitätspolitik als Verhaltensgrundlage der

Wirtschaftspolitik im Bewusstsein der Akteure aufgewertet wird.

Die eben aufgezeigten Gründe machen eine vergleichende Studie des Anpassungsdrucks durch den EWWU-Beitritt auf die Mitgliedsländer notwendig. Der mit dem Beitritt einhergehende Verlust der Autonomie der Geldpolitik kommt einem institutionellen Wandel in der nationalen Wirtschaftspolitik gleich, der jedoch abhängig ist von der tatsächlichen Bedeutung, die der nationalen Geldpolitik in der Zeit vor dem Beitritt zufiel.

Und so bietet sich folgendes Vorgehen an: In einem ersten Schritt wird die stabilitätspolitische Bedeutung der nationalen Geldpolitik in der Zeit vor dem EWWU-Beitritt gemessen und die Interaktion der Zentralbank mit den lohn- und finanzpolitischen Institutionen bezüglich der Rollenverteilung in der Stabilitätspolitik untersucht. Diese Untersuchung erlaubt eine Ableitung des funktional durch den Beitritt hervorgerufenen Anpassungsdrucks. Im Falle Österreichs wird deutlich, dass die Geldpolitik in der Tat eine wichtige stabilisierende Rolle innehatte, die nunmehr – rein funktional betrachtet – von der Lohn- oder Finanzpolitik ausgefüllt werden müsste.

Deshalb muss in einem zweiten Schritt untersucht werden, ob die existierenden lohn- und finanzpolitischen Institutionen in der Lage sein könnten, ein eventuell entstehendes stabilitätspolitisches Vakuum zu füllen. Was den Fall Österreichs betrifft, wird deutlich, dass sich aus dem EWWU-Beitritt nur insofern ein Anpassungsdruck ergibt, als das österreichische Inflationsniveau dazu tendiert, unterhalb des EWWU-Durchschnitts zu liegen. Dadurch steigt das Realzinsniveau auf einen Wert, der für die österreichische konjunkturelle Lage zu hoch sein dürfte und durch das Zusammenspiel von Finanz- und Lohnpolitik korrigiert werden muss. Aus dieser Beobachtung werden dann die Herausforderungen für die österreichische Wirtschaftspolitik abgeleitet, die daher rühren, dass die Lohnpolitik, die im korporatistischen System Österreichs schon seit Jahrzehnten ein effektives Instrument der makroökonomischen Politik gewesen ist, in dieser spezifischen und durch die EWWU ausgelösten Lage aus makro-

ökonomischen Gründen aber kaum einzusetzen ist. Deshalb muss die Finanzpolitik diese Rolle ausfüllen, dazu aber einen Teil des impliziten Paktes mit den Gewerkschaften aufkündigen, was das österreichische System in den Jahren 1993 und 1994 vor große Herausforderungen gestellt hat, die Österreich dank der engen und legitimitätsverankerten Beziehung zwischen den Tarifpartnern und der Regierung recht problemlos meistern konnte.

3. Stabilitätspolitik vor der EWWU

Die Zeitspanne zwischen 1982 und 1995 kann als Basis einer Einschätzung der Stabilitätspolitik vor dem EWWU-Beitritt dienen. Noch 1981 hatten die europäischen Volkswirtschaften mit den Auswirkungen des zweiten Ölshocks zu kämpfen; ab dem darauffolgenden Jahr begann eine Phase zyklisch nicht unbedingt stabiler, dafür aber von extremen Schockwirkungen weitgehend freier Wirtschaftsentwicklung, anhand derer sich das Stabilitätsverhalten der wirtschaftspolitischen Akteure ablesen lässt. Den Endpunkt des Untersuchungszeitraums zu wählen, ist nicht leicht. Die Entscheidung, der EWWU beizutreten, beginnt eigentlich schon mit dem politisch getroffenen Entschluss, die nationale Währung an eine externe Währung (oder einen Währungskorb) zu binden und unter keinen Umständen eine Ab- oder Aufwertung zu akzeptieren. Aber selbst *ex post* ist dieser Zeitpunkt schwer zu bestimmen, denn die Regierungen und Zentralbanken wissen nicht im Vorhinein, wie stark der Druck auf die nationale Währung werden kann und können sich deshalb weder intern noch nach außen hin vollständig sicher sein, dass die Ab- oder Aufwertung gänzlich ausgeschlossen ist. Faktisch tritt diese Sicherheit erst mit dem tatsächlichen Beginn der EWWU ein. Allerdings schreibt eines der Kriterien für den EWWU-Beitritt im Maastricht-Vertrag das dreijährige erfolgreiche Verbleiben der Währung innerhalb der „normalen“ Toleranzspanne des europäischen Wechselkursmechanismus vor.⁸

Der Fall Österreichs wird durch den späten EU-Beitritt einerseits, die seit den frühen 1980er

Jahren bestehende recht feste Anbindung an die Deutsche Mark und die im europäischen Vergleich außergewöhnlich lange beibehaltenen Kapitalkontrollen (Aufhebung 1987) andererseits noch zusätzlich verkompliziert. Dennoch bietet sich auch in diesem Fall als erster Anhaltspunkt das Jahr des EU-Beitritts 1995 an.

Die folgende Untersuchung soll die Aufgabenverteilung in der Stabilitätspolitik in 14 europäischen Ländern vergleichend darstellen (dabei werden auch Nicht-EWWU-Länder berücksichtigt). Geld, Finanz- und Lohnpolitik werden als Instrumente betrachtet und darauf hin untersucht, ob ihre Ausrichtung zwischen den Jahren 1982 und 1995 prozyklisch, antizyklisch oder neutral gewesen ist. Die Untersuchung wird quantitativ vorgenommen: Indikatoren für die zyklische Ausrichtung der drei Politikbereiche werden auf ihre Korrelation mit dem „*Output Gap*“, dem von der OECD veröffentlichten Indikator zyklischer Bewegungen, der die Differenz zwischen möglichem Bruttoinlandsprodukt („*potential GDP*“) und realem Bruttoinlandsprodukt („*real GDP*“) beschreibt, untersucht.

3.1. Die Indikatoren

3.1.1. Geldpolitik

Wie weiter oben schon angedeutet, ist eine Unterscheidung zwischen „akkommodierender“ und „nicht akkommodierender“ Geldpolitik wenig sinnvoll. Idealerweise würde die Stabilisierungspolitik der Zentralbank anhand eines Indikators verfolgt werden, der sich auf die Differenz zwischen einem objektiv errechneten Neutralwert (*Benchmark*) und dem tatsächlich beobachtbaren Realwert stützt, die dann auf ihre Korrelation mit dem *Output Gap* hin untersucht werden kann. Als Ausgangsformel bietet sich die weithin verbreitete Taylor-Regel der Geldpolitik (Taylor 1993) an, bei der das von der Zentralbank gewählte Zinsniveau eine Funktion des Inflationswertes, der Auslastung des gesamtwirtschaftlichen Potentials sowie einiger nominaler Zielwerte ist (eine kurze, nicht-technische Einführung findet sich in einer Veröf-

fentlichung der Deutschen Bundesbank 1999). Da aber die Konjunkturlage vieler europäischer Volkswirtschaften neben den in der Taylor-Regel vorkommenden Faktoren zusätzlich maßgeblich von dem Außenwert der Währung bestimmt wird, wurde dieser, gewichtet nach dem volkswirtschaftlichen Öffnungsgrad, noch hinzugefügt. Es ergibt sich also folgende *Benchmark-Formel* für die Geldpolitik:

$$R = (1 - \alpha)[2 + \pi + 0,5(\pi - 2) + 0,5(y - y^*)] + \alpha(E - E^*)$$

R = als „neutral“ einzustufender Zinssatz

α = Öffnungsgrad der Wirtschaft in Prozent, errechnet aus dem Anteil des Außenhandels am Bruttoinlandsprodukt (Quelle: OECD Economic Outlook)

π = Inflationsrate (Quelle: OECD Economic Outlook)

y und y^* = Bruttoinlandsprodukt und potenzielles Bruttoinlandsprodukt (Quelle: OECD Economic Outlook)

E und E^* = nach einem Warenkorb gewichteter Außenwert der Währung beziehungsweise dessen 10-Jahres-Durchschnitt („*Real Effective Exchange Rate*“, Quelle: OECD Main Economic Indicators)

Die in der Formel verwendeten Nominalwerte sind die Koeffizienten oder Zielwerte wie Taylor (1993) sie in seiner allgemeinen Reaktionsfunktion ursprünglich für die USA definiert hat, die heute aber als gute Grundlage für alle

hier untersuchten Staaten dienen können.⁹ Anhand dieses Indikators kann der Abstand zwischen dem neutralen und dem zu beobachtenden Zinssatz, wie er in den Abbildungen 1 und 2 für Österreich beschrieben ist, errechnet werden.

Abbildung 1 zeigt, dass die Österreichische Nationalbank meist eine etwas restriktivere als die von der Neutralitätsformel vorgegebene Geldpolitik wählte. Um diese rein graphische Interpretation auch quantitativ vornehmen zu können, wird zuerst für den Zeitraum 1982 bis 1995 die Differenz zwischen beiden Kurven errechnet und das Ergebnis („Restriktivitätsgrad“) anschließend durch einen Hodrick-Prescott-Filter auf Trends hin untersucht¹⁰ (Abbildung 2). Als eigentlicher Indikator wird letztlich die Differenz zwischen dem Hodrick-Prescott-Trend und dem Restriktivitätsgrad verwendet. Dieser Indikator kann auf seine Korrelation mit dem *Output Gap* hin untersucht werden.

3.1.2. Lohnpolitik

Über das zyklische Verhalten der Lohnpolitik geben Reallohnkosten¹¹ präzisen Aufschluss. Allerdings scheint es auch bei der Lohnpolitik notwendig, den Trend aus der Kurve zu filtern, um langfristige Erscheinungen, wie sie von der bereits angesprochenen klassischen Unterscheidung in der VPÖ zwischen „restriktiver“ und

Abbildung 1: Zinsen in Österreich

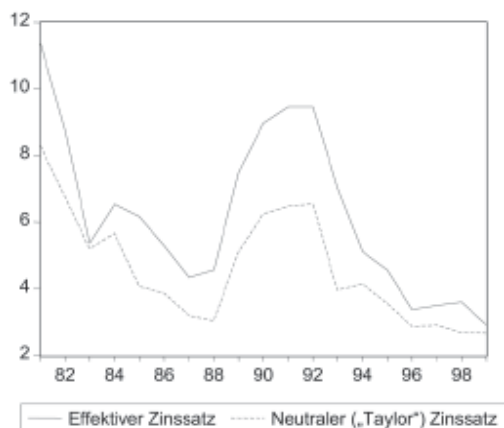
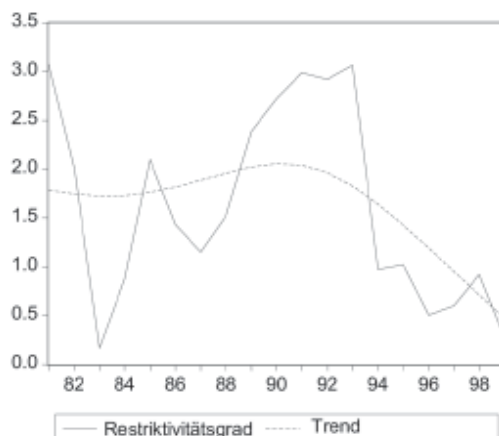


Abbildung 2: Geldpolitischer Indikator



„expansiver“ Lohnpolitik auftauchen, aus der Untersuchung herauszuhalten (Abbildung 3).

3.1.3. Finanzpolitik

Als finanzpolitischer Indikator wird das von der OECD errechnete und in der Datenbank „*Fiscal Positions and Business Cycles*“ veröffentlichte primäre Strukturdefizit verwendet, das reine Konjunkturphänomene aus der Haushaltsbilanz herausrechnet, um politisch erzeugte Schwankungen im Staatshaushalt als Reaktion auf zyklische Schwankungen sichtbar zu machen. Um auch bei dieser Variablen langfristige Trends nicht berücksichtigen zu müssen, wird der Hodrick-Prescott-Filter angelegt (Abbildung 4).

3.2. Die quantitative Untersuchung: Österreich im europäischen Vergleich

Die gebildeten Indikatoren werden nun auf ihre Korrelation mit dem Output Gap zwischen 1982 und 1995 hin untersucht. Für jeden Indikator können so nach der Methode der kleinsten Quadrate die Koeffizienten (negativ, positiv oder neutral) und die jeweiligen Signifikanzniveaus berechnet werden, die Aufschlüsse über die Ausrichtung des jeweiligen wirtschaftspolitischen Instrumentes zulassen.

Die Tabelle 1 zeigt, dass sich die Verwendung der drei wirtschaftspolitischen Bereiche als Stabilitätsinstrumente deutlich zwischen drei Ländergruppen unterscheidet.¹²

3.2.1. Die Hartwährungsländer

Die erste Ländergruppe umfasst Deutschland, Belgien, die Niederlande und Österreich. Alle vier Länder hatten spätestens seit den frühen 1980er Jahren unabhängige Zentralbanken und – bis auf Deutschland – ihre Währungen an die DM gekoppelt. In allen vier Ländern weist die Geldpolitik antizyklische Charakteristika auf (der Koeffizient Belgiens hat das korrekte Vorzeichen, auch wenn die Signifikanz eine Fehlerwahrscheinlichkeit von 20 % aufweist) und diente damit als Hauptinstrument bei der Glättung von Wirtschaftszyklen. Dabei orientierten sich die vier Zentralbanken an einem Inflationsziel (Bernanke et al. 1999): Wenn der *Output Gap* besonders groß ist, sinkt der Inflationsdruck, die Zentralbank senkt die Zinsen. Ist der *Output Gap* negativ, d. h. die Wirtschaft wächst schneller, als es ihr Potential zulässt, sind höhere Inflationswerte zu erwarten. Die Zentralbank reagiert mit Zinserhöhungen.

Weder die niederländische noch die belgische sind der deutschen Wirtschaft strukturell sehr ähnlich (vor allem wegen der weitaus höheren Außenhandelsöffnung). Bei einer stabilisieren-

Abbildung 3: Lohnpolitik in Österreich

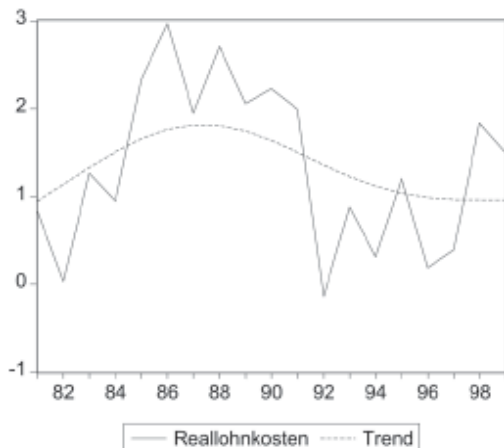


Abbildung 4: Finanzpolitik in Österreich

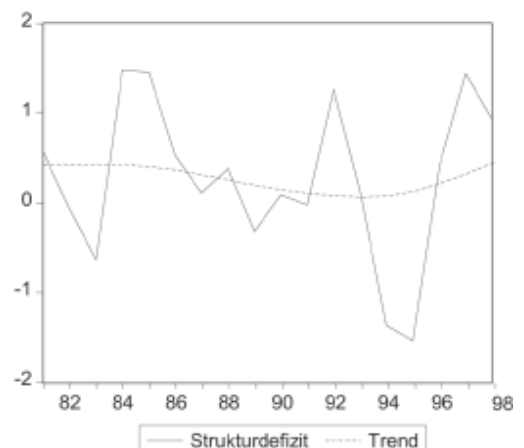


Tabelle 1: Zyklische Stabilisierungspolitik (1982–1995)

	Richtung	Geldpolitik ¹		Richtung	Finanzpolitik		Richtung	Lohnpolitik ²	
		Koeff.	Sig.		Koeff.	Sig.		Koeff.	Sig.
Österreich	Antizykl.	0,28	0,00		0,12	0,38		-0,14	0,52
Belgien		0,25	0,19	Prozykl.	-0,45	0,00		0,34	0,30
Deutschland	Antizykl.	0,20	0,09	Prozykl.	-0,49	0,00		0,29	0,49
Niederlande	Antizykl.	0,44	0,01		-0,17	0,32	Antizykl.	0,36	0,02
Dänemark	Prozykl.	-0,60	0,00	Antizykl.	0,86	0,00	Antizykl.	0,34	0,11
Finnland	Prozykl.	-0,61	0,00	Antizykl.	0,16	0,02		0,16	0,36
Norwegen		-0,05	0,87	Antizykl.	0,73	0,00		0,09	0,35
Großbritannien	Prozykl.	-0,34	0,00	Antizykl.	0,15	0,06		0,11	0,40
Schweden	Prozykl.	-0,52	0,05	Antizykl.	0,76	0,00		0,00	0,97
Frankreich		0,07	0,78		-0,19	0,21		0,11	0,55
Italien	Prozykl.	-0,89	0,00		-0,15	0,72	Antizykl.	0,44	0,02
Portugal		-0,06	0,77	Prozykl.	-0,35	0,09		-0,02	0,95
Spanien		0,05	0,81		-0,03	0,77	Antizykl.	0,33	0,10
Irland		0,05	0,83		-0,06	0,73		0,08	0,68

Anmerkungen:

1 Das Jahr 1993 wurde bei der Untersuchung der Geldpolitik wegen der kurzzeitig die Zinspolitik beeinflussenden EMS-Krise nicht berücksichtigt.

2 Die deutsche Lohnpolitik wird ohne das Jahr 1991 geschätzt, das den Effekt der Wiedervereinigung abbildet und deshalb stark fallende Lohnkosten aufweist.

Quelle: Eigene Berechnungen nach der Methode der kleinsten Quartale mit dem Output-Gap als unabhängiger Variable. Jährliche Daten. Die beiden Variablen Finanzpolitik und Lohnpolitik reagieren mit einer Zeitverschiebung von einem Jahr. Zu den verwendeten Indikatoren siehe die Erklärungen im Text.

den Geldpolitik ist es deshalb im belgischen Fall kaum erstaunlich, dass der belgische Franc häufig gegenüber der DM abgewertet wurde, während im holländischen Fall die Lohnpolitik als Mittel zur Stabilisierung des Wechselkurses eingesetzt wurde (wie im Wassenaar-Abkommen vereinbart, orientierte sich die holländische Lohnpolitik an der deutschen, was der belgischen trotz mehrfach versuchter Staatsintervention nicht gelang), um Stabilisierung und Währungsstabilität zu kombinieren. Gleichzeitig gelang es der niederländische Finanzpolitik ihre noch in den 1970er Jahren stark prozyklische Haltung (Hemerijck et al. 2000, 211f.) zu korrigieren und auf neutral zu stellen. Dass die österreichische Wirtschaft der deutschen strukturell ähnelt, ist mehrfach nachgewiesen

worden (OECD 1998, 3). Deshalb konnte Österreich die zyklisch stabilisierende Politik der Bundesbank begleiten, ohne Abwertungen fürchten zu müssen. Die Finanzpolitik in Belgien und Deutschland erscheint prozyklisch. Dies mag darauf hinweisen, dass eine Regierung in Anwesenheit einer unabhängigen Zentralbank, die die Stabilisierung des Konjunkturzyklus übernimmt, keine Notwendigkeit mehr sieht, sich an der Stabilisierungsarbeit zu beteiligen, und die dem politischen Wirtschaftszyklus entsprechende prozyklische Politik wählt oder aus Gründen der finanzpolitischen Dezentralisierung nur schwer anders handeln kann (Scharpf 1987, 261ff.). Österreich spielt in dieser Gruppe eine Sonderrolle: die Finanzpolitik ist weder eindeutig pro- noch antizyklisch (das

Vorzeichen deutet auf eine leicht antizyklische Grundhaltung hin).

3.2.2. Nachfrageorientierte Länder

Die Länder in der zweiten Gruppe (Dänemark, Finnland, Norwegen, Großbritannien und Schweden) fallen durch eine Kombination stark prozyklischer Geld-, sowie antizyklischer Finanz- und Lohnpolitik auf. Die stabilitätspolitische Aufgabenverteilung in diesen Ländern unterliegt also einem anderen Schema als in der vorigen Gruppe. Dieses Schema erklärt Enderlein (2002) durch das Aufeinandertreffen einer unabhängigen und auf Inflations-

reduzierung ausgerichteten Zentralbank sowie einer Regierung, die der Preisstabilität geringere Bedeutung zumisst und trotz hoher Defizite die Konjunkturzyklen zu glätten versucht. Stabilisierende Finanzpolitik wirkt inflationär, wenn sie defizitfinanziert ist, und drängt die unabhängige Zentralbank deshalb in eine prozyklische Reaktion.¹³

3.2.3. Nicht einzustufende Länder

Die Länder der dritten Gruppe weisen keine eindeutigen stabilitätspolitischen Charakteristika auf. Der französische Fall könnte durch die seit 1987 bestehende „*politique du franc fort*“

Tabelle 2: Vergleich von nationalen und EWWU-Durchschnittsdaten

	Korrelation von nationalen und EWWU-Inflationszyklen (1989-1999, r ² -Werte)	Abweichung der nationalen Inflation vom EWWU-Durchschnitt (1989-1999, in Prozentpunkten)	Korrelation von nationalen und EWWU-Wirtschaftszyklen (1982-1995, r ² -Werte)	Abweichung des nationalen Output Gaps vom EWWU-Durchschnitt (1982-1995, in Prozentpunkten)
Österreich	0,84***	-0,65	0,85***	0,51
Belgien	0,71***	-0,72	0,75***	-0,41
Dänemark	0,00	-0,94	0,06	-1,17
Finnland	0,04	-0,57	0,08	-2,21
Frankreich	0,86***	-1,21	0,59***	-0,66
Deutschland	0,69***	-0,72	0,73***	0,21
Irland	-0,02	-0,07	0,59***	0,96
Italien	0,57***	1,51	0,67***	-0,82
Niederlande	-0,06	-1,17	0,36**	0,81
Norwegen	-0,10	-0,10	0,37**	-1,07
Schweden	0,46**	0,46	0,12*	-0,75
Großbritannien	0,42**	0,42	0,30*	0,67
Spanien	0,96***	1,51	0,83***	1,00
Portugal	0,81***	3,64	0,54***	0,62

Anmerkungen:

- 1 Aufgeführt sind die r²-Werte. Untersucht wurde die Korrelation zwischen dem trendbereinigten nationalen Inflationswert und dem trendbereinigten EWWU-Inflationswert (Trendbereinigungen nach der Hodrick-Prescott-Methode).
- 2 Aufgeführt sind die r²-Werte. Untersucht wurde die Korrelation zwischen dem nationalen *Output Gap* und dem EWWU-*Output Gap*.

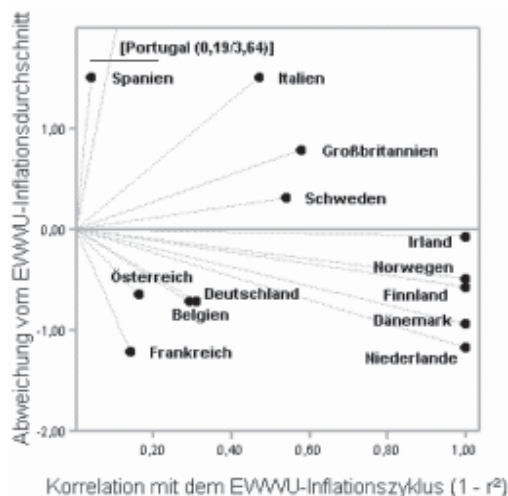
Quelle: OECD Economic Outlook, eigene Berechnungen. Signifikanzniveaus: p*** < 0,01; p** < 0,05; p* < 0,10.

(Fitoussi 1993) erklärt werden, bei der stabilitätspolitische Aspekte hinter der Bedeutung des monetär zu verteidigenden Wechselkurses zurücktraten: Vieles weist darauf hin, dass der französische *Policy Mix* während des Untersuchungszeitraums keinem erkennbaren konjunkturpolitischen Muster folgte. Auch die stabilitätspolitischen Aufgabenverteilungen in Italien, Irland, Portugal und Spanien scheinen in kein klares Raster zu passen.

3.2.4. Vergleiche mit dem Eurozonen-Durchschnitt

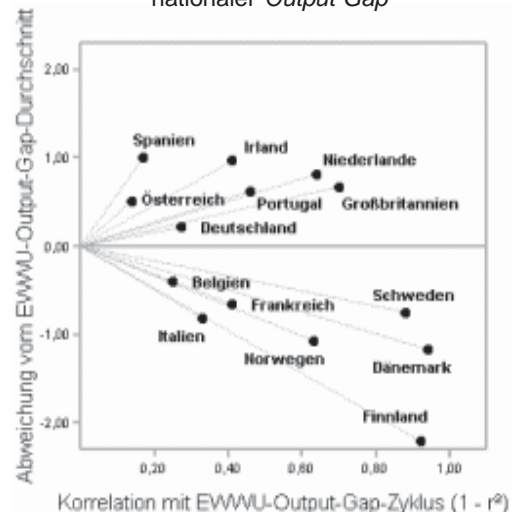
Da die Geldpolitik in jeder dieser drei Ländergruppen eine andere Rolle als Stabilitätsinstrument spielte, liegt die Vermutung nahe, dass sich die aus dem Beitritt zur Währungsunion ausgelösten Konsequenzen für die Stabilitätspolitik und die wirtschaftspolitischen Institutionen zwischen den Ländergruppen unterscheiden. So deutet die Analyse an, dass Staaten, in denen antizyklisches Verhalten von Seiten der Finanz- oder der Lohnpolitik schon vor dem Beitritt institutionell verankert gewesen ist (wie in der zweiten Ländergruppe), geringerem Anpassungsdruck standhalten müssen als EWWU-Mitgliedsländer in den beiden anderen Ländergruppen.

Abbildung 5: EWWU-Inflation und nationale Inflation



Neben der Analyse der Interaktion dieser drei wirtschaftspolitischen Instrumente muss aber auch die Position eines jeden EWWU-Mitgliedslandes in bezug auf den Durchschnitt der Eurozone untersucht werden: Da die EZB ihre Zinspolitik ausschließlich an diesen Daten ausrichtet, ist der Druck auf Staaten, deren Konjunkturzyklen tendenziell stärker vom Durchschnitt in der Eurozone abweichen, größer als auf Staaten, deren Konjunkturzyklus stark mit dem Zonendurchschnitt korreliert. Zwei Faktoren können Aufschlüsse über die Position eines EWWU-Mitgliedslandes geben: der Anteil einer Volkswirtschaft am EWWU-Durchschnitt und die Korrelation des nationalen *Output Gaps* und der nationalen Inflationsrate mit den *ex post* berechneten Durchschnittswerten der vergangenen Jahre. Für diese Untersuchung bietet sich im Falle des *Output Gaps* derselbe, was die Inflation betrifft, allerdings ein anderer Zeitraum an als der in der Analyse der wirtschaftspolitischen Instrumente verwendete Abschnitt 1982 bis 1995, da die Inflationswerte in Europa während der 1980er Jahre noch sehr stark divergierten. Es erscheint sinnvoller, die vergleichende Untersuchung der Inflationswerte zu einem Zeitpunkt zu beginnen, zu dem die Teuerungsraten in Europa ein relativ einheitliches Niveau erreicht hatten. Deshalb wird der Zeitraum 1989 bis 1999 betrachtet.

Abbildung 6: EWWU-Output Gap und nationaler Output Gap



Der österreichische Inflationszyklus ist sehr eng an den EU-Durchschnittswert gekoppelt. Im Bereich des *Output Gaps* ist die Abweichung zwar höher, aber eine Untersuchung der Korrelation zwischen Österreich und Deutschland zeigt, dass beide Konjunkturzyklen eng miteinander verbunden sind ($r^2 = 0,71$). Deshalb verfolgte die Österreichische Nationalbank schon seit den frühen 1980er Jahren eine Zinspolitik, die mit jener der Bundesbank fast vollkommen identisch war (die Korrelation bei den 3-Monatszinsen ergibt ein r^2 von 0,98).

3.2.5. Ergebnisse

Was Österreich betrifft, weisen diese Ergebnisse auf zwei wichtige Aspekte hin:

- Österreich ist schon seit 1978 Mitglied einer de facto Währungsunion mit Deutschland,
- die große strukturelle Ähnlichkeit des österreichischen Konjunkturzyklus mit dem deutschen erlaubte es der Österreichischen Nationalbank, einen Stabilitätskurs zu fahren, wie ihn auch die Deutsche Bundesbank verfolgte, ohne dabei den festen Wechselkurs zwischen D-Mark und Schilling unter Druck zu setzen.¹⁴

Hier interessiert vor allem der zweite Punkt: Seit dem EWWU-Beitritt wird auch die deutsche Wirtschaft nicht mehr automatisch von der Geldpolitik stabilisierend unterstützt. Für die österreichische Wirtschaftspolitik bedeutet dies, dass die von der EZB bestimmte Zinspolitik suboptimalen Charakters sein kann, wenn einer der beiden folgenden Fälle eintritt:

- Die strukturellen Ähnlichkeiten im Konjunkturzyklus zwischen Deutschland und Österreich verschwinden und der österreichische Pfad weicht vom EWWU-Durchschnitt ab,
- die strukturellen Ähnlichkeiten bleiben erhalten, aber die konjunkturellen Charakteristika des Länderpaars Österreich/Deutschland weichen vom EWWU-Durchschnitt ab.

Aufgrund der hohen Außenhandelsverknüpfung zwischen Österreich und Deutschland ist ein Eintreten des unter a) aufgeführten Szenarios auf den ersten Blick wenig wahrscheinlich. Szenario b) könnte dagegen weitaus rea-

listischer sein. Zu diesem Schluss kommt auch die OECD (1998, 33): „The stance of monetary policy will increasingly be determined by EMU-wide conditions rather than those in Germany with which the Austrian economy is closely correlated, and the resultant interest rates might not always prove suitable for the immediate conjunctural situation in Austria“.

Darüber, wie groß das Risiko eines konjunkturellen Abweichens des deutsch-österreichischen Wirtschaftsblocks und daher auch der auf Österreich wirkende Anpassungsdruck ist, lassen sich anhand des Rückblicks auf die Zeit 1992 bis 1995 keine eindeutigen Aussagen treffen. Wie Tabelle 3 allerdings zeigt, liegt der summierte Anteil des österreichischen und deutschen Kapitals an der EZB (der sich anhand des Anteils des Bruttoinlandsprodukts in der Eurozone errechnet) bei nur rund 33 Prozent.

Tabelle 3: Anteile am EZB-Kapital

Land	Anteil (in %)
Deutschland	30,24
Frankreich	20,78
Italien	18,39
Spanien	10,98
Niederlande	5,28
Belgien	3,54
Österreich	2,91
Griechenland	2,54
Portugal	2,39
Finnland	1,72
Irland	1,05
Luxemburg	0,18
Total	100

Quelle: EZB

Das Abweichen des österreichisch-deutschen Konjunkturzyklus vom EWWU-Durchschnitt würde bedeuten, dass das Realzinsniveau für Österreich ober- oder unterhalb des für eine positive Konjunkturentwicklung (definiert als die nicht-inflationäre Ausnutzung des gesamten Wirtschaftspotentials) notwendigen Idealzinssatzes läge.

Dieser zweite Punkt macht den auf Österreich wirkenden Anpassungsdruck deutlich: Weil der Inflationswert in Österreich tendenziell unterhalb des Eurozonen Durchschnitts liegt, ist ein überhöhtes Realzinsniveau der EZB zu erwarten.

Dies ist freilich nicht in allen Ländern so. Die ökonomisch-quantitative Untersuchung hat gezeigt, warum der EWWU-Beitritt keinen symmetrischen Anpassungsdruck in allen Mitgliedsländern auslöst. Anhand des hier vorgelegten Datenmaterials lässt sich eine erste Einschätzung darüber vornehmen, in welchen EWWU-Mitgliedsstaaten die Wirtschaftspolitik aus ökonomischer Sicht durch den Beitritt vor besondere Herausforderungen gestellt wird (die daraus hervorgehenden institutionellen Anpassungsoptionen werden hier nur für Österreich untersucht, für die anderen Länder siehe Enderlein 2002).

4. Institutionelle Aspekte wirtschaftspolitischer Anpassung

Im europäischen Vergleich kann Österreich als eines der Länder eingestuft werden, die durch den Beitritt zur EWWU vor recht geringe wirtschaftspolitische Herausforderungen gestellt werden. Als wichtigste Zielvariable, auf die sich die Anpassungsnotwendigkeit in Österreich konzentrieren dürfte, ist der wahrscheinlich zu restriktive Realzinswert der europäischen Zentralbank isoliert worden, der sich zwar nicht direkt aus den quantitativen Untersuchungen ablesen lässt, aber als Konsequenz einer auf den EWWU-Durchschnitt ausgerichteten EZB-Zinspolitik zu vermuten ist. Um politikwissenschaftlich fundierte Hypothesen über den Anpassungsprozess in der österreichischen Wirtschaftspolitik aufstellen zu können, muss untersucht werden, wie die Lohn- und Finanzpolitik oder bestimmte Positionen im Koordinierungsprozess der europäischen Wirtschaftspolitiken aus ökonomischer und institutioneller Perspektive mit der Kontrolle und Steuerbarkeit des Realzinswertes in Verbindung gebracht werden können. Welche Anpassungsinstrumente stehen Österreich zur Verfügung?

4.1. Lohnpolitik

Das Problem der Differenz zwischen dem österreichischen Inflationswert und dem EWWU-Durchschnitt kann nicht durch lohnpolitische Steuerung gelöst werden. Der österreichische Inflationswert tendiert dazu, *unterhalb* des Durchschnittswertes zu liegen, das Realzinsniveau dürfte deshalb in der Regel höher als theoretisch optimal sein. Aus lohnpolitischer Sicht wäre eine Steigerung des Inflationswertes zwar möglich, würde allerdings die ohnehin schon durch ein hohes Realzinsniveau belasteten Produktionskosten der Unternehmen noch steigern und eine Senkung des gesamtwirtschaftlichen Angebotsniveaus bewirken. Die Konsequenz wäre höchstens ein Stagflationseffekt. Gleichzeitig würde aber auch eine Reallohnrestriktion scheitern, weil sie eine nachfrageseitige Schwächung der Volkswirtschaft mit sich bringen würde, denn geringere Einnahmen bei den Arbeitnehmern senken die Verbraucherausgaben und bremsen das Wirtschaftswachstum noch zusätzlich.

Die österreichische Lohnpolitik gilt als sehr erfolgreich in der Durchsetzung von Reallohnrestriktionen. Dass dies mit dem Organisationsgrad der österreichischen Lohnpolitik zusammenhängt, ist wohl nicht mehr umstritten. Das österreichische Lohnfindungssystem weist sowohl einen hohen Koordinierungsgrad als auch eine recht deutliche Einflussnahme des Regierungsapparats auf die Lohnverhandlungen auf. Beide Faktoren sind aus stabilitätspolitische Werte von großer Bedeutung, weil

- ein höherer Koordinierungsgrad des Lohnfindungssystems den Steuerungsgrad der letztlich entscheidenden Makrovariable Reallohnvariation minus Produktivitätsvariation erhöht, da diese Variable nicht aus einer Aggregation von Mikroprozessen resultiert, sondern *ex ante* definiert werden kann,
- die Einflussnahme des Staates von Bedeutung ist, da nur so eine reibungslose Abstimmung zwischen Fiskal- und Lohnpolitik und damit auch eine Steuerung des Inflationswertes überhaupt möglich ist.

Ordnet man alle hier untersuchten Staaten anhand dieser beiden Indikatoren ein (Tabelle

4), wird deutlich, dass die lohnpolitische Steuerungsfähigkeit Österreichs im europäischen Vergleich sehr hoch ist.¹⁵

Der *Status quo ante* weist also darauf hin, dass die österreichische Lohnpolitik in den Stabilitätsprozess mit einbezogen werden kann, weil sie eine hohe Steuerungsfähigkeit aufweist. Als Instrument steht sie also zur Verfügung. Aus den eben aufgeführten ökonomischen Gründen kann die Stabilisierung selbst aber letztendlich nur von der Finanzpolitik durchgeführt werden.

4.2. Finanzpolitik

Die Verwendung der Finanzpolitik als Stabilisierungsinstrument ist in der Forschung bislang aus zwei Blickwinkeln untersucht worden. Einerseits haben polit-ökonomische Analysen des Rahmens nationaler Haushaltsprozesse eine Verbindung zwischen bestimmten organisatorischen und institutionellen Charakteristika der Haushaltsgesetzgebung und dem Erfolg bei der Reduzierung von Haushaltsdefiziten nachgewiesen (Poterba/von Hagen 1999; von Hagen 1992; von Hagen/Harden 1995; De Haan et al. 1999), die hier aufgrund der Vermutung verwendet werden können, dass die Reduktion von Defiziten eine politisch relativ ungehinderte Steuerung des Haushaltsprozesses verlangt.¹⁶ Diese Steuerung ist auch im vorliegenden Fall von Bedeutung. Andererseits haben sich Analysen zur Zentralisierung des nationalen Fiskalapparats mit der Frage beschäftigt, ob die nationale Haushaltspolitik als wirtschaftspolitisches Steuerungsinstrument eingesetzt werden kann (Scharpf 1987, 264). Auch dieser Aspekt ist hier von entscheidender Bedeutung. Die finanzpolitische Steuerungsfähigkeit eines EWWU-Mitgliedsstaates kann deshalb in den beiden folgenden Dimensionen vergleichend bewertet werden.¹⁷

Österreich rangiert bei beiden Indikatoren im unteren Mittelfeld. Was den finanzpolitischen Zentralisierungsgrad betrifft, heißt das nicht, dass antizyklische Finanzpolitiken unmöglich sind, allerdings könnte die Verschuldung der Länder und Gemeinden wie schon in der Vergangenheit eine schwer zu kalkulierende Grö-

Tabelle 4: Lohnpolitischer Status quo ante

Regierungseinfluss		
Strategiefähigkeit	Hoch	Gering
Hoch	Dänemark Finnland Niederlande Österreich	Deutschland
Niedrig	Belgien Irland Norwegen Schweden	Frankreich Großbritannien Italien Portugal Spanien

Quelle: Eigene Einordnung anhand von Auswertungen der „European Industrial Relations Review“ sowie einzelnen Elementen aus Kenworthy (2000b) und Traxler et al. (2001). Siehe Enderlein (2002).

Tabelle 5: Finanzpolitischer Status quo ante (1990)

Zentralisierung		
Politische Stärke	Hoch	Niedrig
Hoch	Frankreich Großbritannien Niederlande	Dänemark Deutschland Finnland
Niedrig	Belgien Portugal Italien Irland	Österreich Schweden Spanien

Quelle: von Hagen (1992); OECD Economic Outlook; eigene Berechnungen.

ße für die Bundesregierung darstellen (Lauber 1997, 553). Der finanzpolitische Steuerungsgrad stellt allerdings eine echte Barriere dar: Das auf wirtschaftspolitischen Konsens und Proporz ausgerichtete finanzpolitische System Österreichs (siehe unten), das eine hohe Beteiligung der Gewerkschaften zulässt und oft in eine große Koalition eingebettet war, ist aus stabilitätspolitischer Warte wenig geeignet, um die antizyklische Rolle der Österreichischen Nationalbank zu übernehmen.

4.3. Europäische Koordinierung

In den beiden vorhergehenden Abschnitten ist gezeigt worden, dass die Lohnpolitik zwar ein

geeignetes Mittel darzustellen scheint, um über die Reallohnkostenentwicklung Einfluss auf den Binneninflationwert zu nehmen, im Falle eines zu hohen Realzinsniveaus allerdings aus ökonomischen Gründen nicht eingesetzt werden kann, und dass die Finanzpolitik institutionell keine sehr guten Voraussetzungen für kurzfristig expansive Haushaltsimpulse bietet. Eine dritte Option besteht darin, andere EWWU-Mitgliedsländer dazu zu drängen, ihre eigenen Binneninflationwerte zu senken. In der EZB finden die Länder, die tendenziell eher unter dem EWWU-Inflationdurchschnitt liegen, zwar einen wichtigen Mitstreiter, der ihr Anliegen, die EWWU-Inflationwerte weitgehend auf einem niedrigen Niveau zu stabilisieren, unterstützt: Liegt der Eurozonen-Durchschnitt über dem von der EZB definierten Zielkorridor von 1,5 bis 2 Prozent, wird sie die Zinsen nach oben setzen. Doch von dieser Hochzinspolitik werden die Niedriginflationländer noch stärker getroffen als die Hochinflationländer. Deshalb fällt der politisch-europäischen Kontrolle nationaler Inflationwerte über die „*Broad Economic Policy Guidelines*“ (BEPG) möglicherweise eine noch größere Bedeutung zu als der politisch schwierigen Steuerung über finanzpolitische Impulse, die aus einer Perspektive rationalen kollektiven Handelns schnell zu „*Races to the Top*“ werden könnten und damit Inflationsspiralen in der Eurozone auszulösen in der Lage wären. Allerdings stehen weder der Kommission noch den anderen EWWU-Mitgliedsstaaten Mittel zur Verfügung, die eine Beeinflussung von Binneninflationwerten in anderen EWWU-Mitgliedsländern möglich machen würden, denn die BEPG stellen keine bindenden Regeln dar und werden nicht von Sanktionen begleitet.

Zusammenfassend lässt sich die institutionelle Handlungsfähigkeit Österreichs wie folgt darstellen: Obwohl traditionell makroökonomisch ausgerichtet, wird die Lohnpolitik das potenziell auftretende Problem hoher Realzinsen in Österreich kaum lösen können. Die Finanzpolitik dürfte, wenn man auf politik- und wirtschaftswissenschaftliche Theorien zurückgreift, hohe politische Hürden zu überwinden haben, um – ohne auf langfristige Haushaltsdefizite

zurückgreifen zu müssen – in Zeiten konjunktureller Rezession und hoher Realzinsen finanzpolitische Impulse geben zu können. Gleichzeitig sind finanzpolitische Impulse an eine Kollektivgutproblematik gekoppelt, die einer Gefangenendilemma-Situation ähnelt. Die Einflussnahme auf EWWU-Staaten, in denen die Inflationwerte über dem Eurozonen-Durchschnitt liegen und die deshalb die Hochzinspolitik der EZB herausfordern (oder sogar wünschen, wie im Fall Irlands, wo die wirtschaftspolitische Problematik jener Österreichs diametral gegenüberliegt), ist politisch schwierig, insbesondere für ein eher kleines Land wie Österreich.

5. Der Anpassungsprozess

Der hier vorgestellte Ansatz weist darauf hin, dass

- Österreich im Vergleich mit den anderen Mitgliedsländern gut auf die EWWU vorbereitet war,
- Anpassungsnotwendigkeiten an den aus österreichischer Perspektive wahrscheinlich überhöhten EZB-Realzins dennoch nötig sein könnten,
- diese Anpassung am ehesten von der Finanzpolitik durchgeführt werden könnte, da die Lohnpolitik zwar institutionell besser geeignet scheint, als wirtschaftspolitisches Instrument aber wenig effektiv ist und eine Lösung über europaweite Koordinierung aus österreichischer Perspektive schwierig oder unmöglich sein dürfte.

Der hier identifizierte Anpassungsdruck deutet also auf den finanzpolitischen Prozess und die Stärkung der Regierungsautonomie in haushaltspolitischen Fragen. Inwieweit decken sich die hier formulierten Hypothesen mit der Realität, und welches sind die Herausforderungen an die österreichische Finanzpolitik? Selbstverständlich ist es zu früh, um auf die zur Untersuchung dieser Frage notwendigen Daten zurückgreifen zu können. Trotzdem soll anhand einiger Beispiele illustriert werden, dass sich die österreichische Finanzpolitik seit der Entscheidung, der EU und der EWWU beizutreten, ste-

tig darauf vorbereitet hat, eine immer wichtigere Rolle in der stabilisierenden Wirtschaftspolitik zu spielen und den Part der Geldpolitik als antizyklisches Instrument zu übernehmen.

Als Startschuss des Wandels in der österreichischen Stabilitätspolitik können die Jahre 1992/1993 gelten. Bis zu diesem Zeitpunkt hatte Österreich nach bewährter Manier die Geldpolitik als Stabilisierungsinstrument eingesetzt. Die Kombination aus drei Faktoren deutete jedoch für die österreichische Wirtschaftspolitik erstmals das an, was in der EWWU stabilitätspolitisch auf sie zukommen würde:

- Die stark restriktive Geldpolitik der Bundesbank als Reaktion auf die monetären Konsequenzen der deutschen Einheit schaffte eine zeitweilige Abkopplung der ansonsten eng miteinander verbundenen österreichischen und deutschen Volkswirtschaften.
- Der immer größer werdende Druck auf die europäischen Währungen machte auch vor Österreich (damals kein formales Mitglied des Europäischen Währungssystems) nicht halt.
- Die weltweite Rezession von 1991/1992 traf Österreich besonders hart.

Als Konsequenz der Kombination dieser Faktoren konnte die Österreichische Nationalbank die Zinsen 1992 nicht in der Form senken, wie es die makroökonomische Situation eigentlich verlangt hätte. Deshalb versuchten Regierung und Sozialpartner der Rezession auf anderem Weg zu begegnen, nämlich über eine antizyklische Kombination aus Lohnzurückhaltung und Steuersenkungen (Handler/Hochreiter 1998, 20). Diese Politik war insofern neu, als sie ohne die Begleitung der Geldpolitik auskommen musste und damit eher dem in Europa zu dieser Zeit vorherrschenden Modell sozialer Pakte entsprach, bei dem Steuersenkungen der Regierung gegen Lohnzurückhaltung eingetauscht wurden (Hassel 2000). Das Projekt war aus makroökonomischer Sicht erfolgreich, der *Output Gap* war schon 1993 wieder negativ. Die Kosten für die österreichische Wirtschaftspolitik waren jedoch beträchtlich. Das österreichische Defizit hatte noch 1992 auf einem im OECD-Raum außergewöhnlich niedrigen Wert gelegen¹⁸ (Lauber 1997, 535), schoss jedoch nach den antizyklischen Maßnahmen der

Regierung nach oben und erreichte die stolzen Werte von 4,7 (1993) und 5,5 Prozent (1995).

Für die österreichische Regierung standen damit nicht nur die schon sicher geglaubten Maastricht-Kriterien wieder auf dem Spiel; sondern sie musste gleichzeitig anerkennen, dass antizyklische Maßnahmen ohne die Begleitung der Geldpolitik hohe Defizitkosten auslösen mussten, wenn konjunkturelle Aufschwungsphasen nicht konsequent zur Haushaltskonsolidierung genutzt würden, um den Handlungsspielraum während Abschwungsphasen nutzen zu können. Kurz: Die Fiskalpolitik musste nicht nur während Rezessionszeiten antizyklisch ausgerichtet werden, sondern vor allem während Aufschwungsphasen. Eine solche Politik stellte den österreichischen wirtschaftspolitischen Konsens jedoch vor große Herausforderungen, denn die Mitwirkung der Gewerkschaften und Verbände an der finanzpolitischen Gesetzgebung in Österreich ist sehr hoch (Kittel 2001). Der 1994 eingeleitete tatsächlich *antizyklische* Sparplan (die österreichische Wirtschaft wuchs zwischen 1993 und 1996 im Rekordtempo) mit Steuererhöhungen und drastischen Ausgabenreduzierungen (Lauber 1997) stellte für die Gewerkschaften eine Aufkündigung des traditionellen „österreichischen Modells“ dar, in dem es nicht die Regel gewesen war, die Gewinne des Aufschwungs zur Haushaltskonsolidierung einzusetzen.¹⁹ Der „*political exchange*“ (Pizzorno 1978) war damit aus Gewerkschaftssicht zumindest vorerst aufgekündigt (Hemerijck et al. 2000, 204), weil die Lohnzurückhaltung von 1993 schon ein Jahr später mit Steuererhöhungen wieder konterkariert wurden.

Bereits 1995 konnte die Regierung nach harten Auseinandersetzungen bei der Aufstellung von Sparprogrammen und Austeritätsplänen wieder auf die Kooperation mit den Gewerkschaften bauen (Tálos/Kittel 1999). Diese angesichts der dramatischen Kürzungen „bemerkenswerte Solidarisierung“ (Lauber 1997, 554) der Gewerkschaften mit der Regierung ist aus rein ökonomischer Sicht vollkommen nachvollziehbar, denn die antizyklische Finanzpolitik bedeutet nichts anderes als die Weiterführung des im Vorfeld der Währungsunion von der

Österreichischen Nationalbank garantierten Stabilitätsprinzips. Aus politikwissenschaftlicher Sicht ist sie freilich erstaunlich, denn die Neuorientierung des „*political exchange*“ ist im österreichischen Fall tatsächlich problemlos verlaufen, während in anderen EWWU-Ländern große Schwierigkeiten innerhalb der Sozialpakete zu beobachten sind, die Kombination aus Lohnzurückhaltung und antizyklischer Finanzpolitik in Aufschwungszeiten durchzuhalten (der sicherlich bekannteste Problemfall ist Irland).

Was erklärt den österreichischen Erfolg? Die hier angedeuteten Herausforderungen und Reaktionen deuten darauf hin, dass der in Österreich tief verankerte Legitimitätsvorsprung der auf die nationale Gesamtwohlfahrt ausgerichteten, staatlichen Wirtschaftspolitik von den Gewerkschaften auch zur Zeit des EWWU-Beitritts akzeptiert worden ist, so dass der fiskalpolitische Umschwung zu einer tatsächlich antizyklischen Haushaltspolitik auch während konjunktureller Aufschwungsphasen zu meistern war und es der österreichischen Wirtschaftspolitik deshalb gelang, den Herausforderungen der EWWU ohne größere institutionelle Einschnitte zu begegnen.

ANMERKUNGEN

- 1 Dieser Aufsatz geht aus meiner Dissertation hervor (Enderlein 2002), die – hoffentlich – im Frühjahr 2002 verteidigt werden wird. Für Kommentare und Anregungen danke ich Fritz W. Scharpf, Susanne K. Schmidt, Wolfgang Wessels und Michael Zürn. Bernhard Kittel gebührt aus zahllosen Gründen ein besonderer Dank, ebenso wie Martin Höpner für seine detaillierte Lektüre. Der Aufsatz wurde außerdem durch spannende Diskussionen am Institut für internationale und interkulturelle Studien an der Universität Bremen sowie im Oberseminar des Lehrstuhls von Wolfgang Wessels an der Universität Köln bereichert – vielen Dank den Teilnehmerinnen und Teilnehmern.
- 2 Eine theoretische Untersuchung des Wechselkurses als Vermögenspreis und seiner überschätzten Rolle als stabilisierende makroökonomische Variable im Umfeld monetärer Integration findet sich z. B. bei Schelkle (2001).
- 3 Eine ähnliche Kritik entwickelt Schelkle (2001).
- 4 Siehe die Korporatismusdebatte (einen kurzen Überblick gibt Czada 1992) und die Debatte zum Zusammenhang zwischen Lohnverhandlungssystemen und Wirtschaftsperformanz (vgl. Traxler/Kittel 2000).
- 5 In der VPÖ ist dieser Forschungsbereich seit den keynesianisch geprägten Analysen zur Konjunkturpolitik (eine Übersicht gibt Willke 1992) so gut wie nicht mehr vertreten; Überblicksdarstellungen zu ökonomischen Aspekten der Stabilitätspolitik finden sich bei Tomann (1997) und Cassel/Thieme (1999).
- 6 Dass sich die Geldpolitik trotz dieser scheinbaren Konvergenz unterschiedlich verhalten kann und tatsächlich verhält, wird hier noch gezeigt.
- 7 Als andere Gründe sind die Öffnung der Kapitalmärkte, das weltweit gestiegene Realzinsniveau und letztlich auch Paradigmenwechsel bei den finanzpolitischen Akteuren selbst zu nennen.
- 8 Die Bezeichnung „normal“ ist nicht eindeutig. Zum Zeitpunkt der Einigung über den Maastricht-Vertrag bezog sich dieser Begriff auf die + 2,25-Prozent-Spanne gegenüber der breiteren, „nicht normalen“ + 6-Prozent-Spanne. Als Reaktion auf die Währungsturbulenzen 1993 wurde allerdings eine vorläufige + 15-Prozent-Spanne eingerichtet, die bis zur Festlegung der unveränderlichen Paritätskurse durch die EZB in Kraft blieb.
- 9 In volkswirtschaftlichen Analysen werden die Nominalwerte oft für jedes Land einzeln geschätzt, um eine besonders präzise Taylor-Regel zu finden. Für unsere Zwecke ist die Endogenisierung dieser Werte jedoch nicht geeignet. Das statistische Schätzen jedes einzelnen Koeffizienten würde den *Benchmark*-Kriterien nicht mehr genügen, die Vergleichbarkeit würde verschwinden. Das hier gewählte Vorgehen rechtfertigt sich auch dadurch, dass nicht die nominale Abweichung des empirisch erhobenen Realzinssatzes vom Neutralwert untersucht wird, sondern die Korrelation dieses Wertes (der zusätzlich noch von seinem langfristigen Trend befreit ist) über die Zeit mit dem *Output Gap*.
- 10 Der seit den frühen 1980er Jahren verwendete Hodrick-Prescott-Filter (Hodrick/Prescott 1997) ähnelt einem zentrierten gleitenden Durchschnitt mit dem Unterschied, dass nicht die Länge der Stützperiode festgelegt wird, sondern der Grad der Glättung (vgl. Tichy 1994, 23). Eine Kritik dieser Glättungsmethode findet sich bei Baxter/King (1999).
- 11 Hier wird der von der OECD im Economic Outlook veröffentlichte Datensatz „*Real Labor Compensation*“ verwendet.
- 12 Eine ausführliche theoretisch hergeleitete Erklärung der drei Ländergruppen findet sich bei Enderlein (2002).
- 13 Die Einordnung Großbritanniens verlangt einige klärende Details, die die quantitativen Ergebnisse allerdings stützen: Anstatt den „*stop-go*“-Zyklus der britischen Konjunktur durch das monetaristische Zusammenspiel finanzpolitischer Neutralität und geldpolitischer Stabilitätsgarantie zu bekämpfen, verfiel die Regierung Thatcher schon während der tiefen Rezession der frühen 1980er Jahre in finanz-

- politische Stabilisierungsversuche, weil die Zentralbank, der die Regierung eine restriktivere und inflationsorientiertere Haltung verordnet hatte, erst das Preisstabilitätsziel erreichen wollte (ein ausgezeichneter Überblick der wirtschaftspolitischen Probleme Großbritanniens zu dieser Zeit findet sich bei Rhodes 2000, 39ff.). Die Regierung hielt an der stabilisierenden Finanzpolitik fest und Großbritannien blickte am Ende der Amtszeit Thatchers auf Inflations- und Defizitwerte, die weit über dem europäischen Durchschnitt lagen.
- 14 Vgl. dazu auch die mit diesem Ergebnis übereinstimmende Einschätzung der OECD: „The Austrian and German economies are so closely correlated that the ‚hard-currency-option‘ has produced a monetary policy stance which is generally appropriate to the needs of the Austrian economy.“ (OECD 1998, 3).
 - 15 Einen Überblick und Vergleich verschiedener Indikatoren zur Einordnung von Lohnfindungssystemen finden sich bei Kenworthy (2000a), OECD (1997) und bei Traxler/Kittel (2000).
 - 16 Die wichtigsten Indikatoren sind die Rolle des Finanzministers, der Gesetzgebungsprozess bei der Haushaltsverabschiedung, Vetopunkte, Haushaltstransparenz, Flexibilität während des Haushaltsverabschiedungsprozesses und die Interaktionen innerhalb des Regierungsapparats (von Hagen 1992).
 - 17 Der Indikator in der Vertikalachse ist der von von Hagen (1992), in der Horizontalachse ein nach Scharpf (1987: 264) berechneter Indikator.
 - 18 Das Budgetdefizit des Bundes betrug 2,8 Prozent, das des Gesamtstaates 1,9 Prozent.
 - 19 Die erste Konsolidierungsphase nach 1986 war noch von einer antizyklischen Geldpolitik begleitet worden, was die Gewerkschaften davon abhielt, mit Lohnerhöhungen zu reagieren. Nach 1994 war die Geldpolitik allerdings zyklisch restriktiver als noch in den 1980er Jahren.

LITERATURVERZEICHNIS

- Baxter, Marianne/Robert G. King (1999). Measuring Business Cycles: Approximate Band-Pass Filters for Economic Time Series, in: Review of Economics & Statistics, 81 (4), 575–593.
- Bernanke, Ben S./Thomas Laubach/Frederic S. Mishkin/Adam S. Posen (Hg.) (1999). Inflation targeting: Lessons from the international experience, Princeton.
- Bundesbank, Deutsche (1999). Taylor-Zins und Monetary Conditions Index, in: Deutsche Bundesbank Monatsbericht, April 1999, 47–63.
- Cassel, Dieter/H. Jörg Thieme (1999). Stabilitätspolitik, in: Dieter Bender (Hg.): Vahlens Kompendium der Wirtschaftstheorie und Wirtschaftspolitik, München, 363–437.
- Czada, Roland (1992). Korporatismus, in: Manfred G. Schmidt (Hg.): Die westlichen Länder (Lexikon der Politik, Bd. 3), München, 218–224.
- De Haan, Jakob/Wim Moessen/Bjorn Volkerink (1999). Budgetary Procedures – Aspects and Changes: New Evidence for Some European Countries, in: James M. Poterba/Jurgen von Hagen (Hg.): Fiscal Institutions and Fiscal Performance, Chicago, 265–299.
- Delors, Jacques (1992). Bericht zur Wirtschafts- und Währungsunion in der Europäischen Gemeinschaft vom 12.4.1989, in: Europäisches Parlament/Informationsbüro für Deutschland (Hg.): Europäisches Parlament und gemeinsame Währung, Bonn, 56–104.
- Enderlein, Henrik (2002). Wirtschaftspolitik in der Währungsunion: Die Auswirkung des Beitritts zur Europäischen Wirtschafts- und Währungsunion auf Konjunkturzyklen und die wirtschaftspolitischen Institutionen der Mitgliedsländer, Dissertation, Max-Planck-Institut für Gesellschaftsforschung Köln.
- Fitoussi, Jean Paul (1993). Competitive disinflation: the mark and budgetary politics in Europe, Oxford.
- Hall, Peter A./Roberto J. Franzese (1998). Mixed Signals – Central Bank Independence, Coordinated Wage Bargaining, and European Monetary Union, in: International Organization, 52 (3), 505–535.
- Hall, Peter/David Soskice (2001). Varieties of Capitalism: The Institutional Foundations of Comparative Advantage, Cambridge.
- Handler, Heinz/Eduard Hochreiter (1998). Joining Europe's Monetary Club: Austria, in: Erik Jones/Jeffrey Frieden/Francisco Torres (Hg.): Joining Europe's monetary club: The challenges for smaller member states, New York, 19–42.
- Hassel, Anke (2000). Bündnisse für Arbeit: Nationale Handlungsfähigkeit im europäischen Regime-wettbewerb, in: Politische Vierteljahresschrift, 41 (3), 498–524.
- Hemerijck, Anton/Brigitte Unger/Jelle Visser (2000). How Small Countries Negotiate Change. Twenty-Five Years of Policy Adjustment in Austria, the Netherlands and Belgium, in: Fritz W. Scharpf/Vivien A. Schmidt (Hg.): Welfare and Work in the Open Economy, Oxford, 175–263.
- Hodrick, Robert J./Edward C. Prescott (1997). Postwar U. S. Business Cycles: An Empirical Investigation, in: Journal of Money, Credit & Banking, 29 (1), 1–16.
- Iversen, Torben (1998). Wage Bargaining, Central Bank Independence, and the Real Effects of Money, in: International Organization, 52 (3), 469–504.
- Iversen, Torben (1999a). Contested economic institutions: the politics of macroeconomics and wage bargaining in advanced democracies, Cambridge/New York.
- Iversen, Torben (1999b). The Political Economy of Inflation: Bargaining Structure or Central Bank Independence?, in: Public Choice, 99 (3–4), 237–258.
- Iversen, Torben/Jonas Pontusson/David W. Soskice (2000). Unions, employers, and central banks: macroeconomic coordination and institutional change in social market economies, Cambridge/New York.
- Kenworthy, Lane (2000a). Quantitative Indicators of Corporatism: A Survey and Assessment, MPIFG Discussion Paper, Köln.

- Kenworthy, Lane (2000b). Wage Setting Coordination Scores, Department of Sociology, Emory University (www.emory.edu/SOC/lkenworthy).
- Kitschelt, Herbert (1999). Continuity and change in contemporary capitalism, Cambridge/New York.
- Kittel, Bernhard (2001). Verbände in der österreichischen Finanzpolitik: Akteurspektrum und Interaktionsmodi in Gesetzgebungsprozessen, in: Engelbert Theurl/Hannes Winner/Rupert Sausgruber (Hg.): Handbuch der österreichischen Finanzpolitik, Berlin (im Erscheinen).
- Lauber, Volkmar (1997). Wirtschafts- und Finanzpolitik, in: Herbert Dachs/Peter Gerlich/Herbert Gottweis/Franz Horner/Volkmar Lauber/Wolfgang C. Müller (Hg.): Handbuch des politischen Systems Österreichs. Die Zweite Republik, Wien, 545–556.
- OECD (1997). Economic Performance and the Structure of Collective Bargaining. OECD Employment Outlook, Paris.
- OECD (1998). OECD economic surveys, 1997–1998: Austria, Paris.
- Pizzorno, Alessandro (1978). Political Exchange and Collective Identity in Industrial Conflict, in: Colin Crouch/Alessandro Pizzorno (Hg.): The Resurgence of Class Conflict in Western Europe since 1968, London, 277–298.
- Poterba, James M./Jürgen von Hagen (Hg.) (1999). Fiscal institutions and fiscal performance, NBER Conference Report series, Chicago/London.
- Rhodes, Martin (2000). Restructuring the British Welfare State: Between Domestic Constraints and Global Imperatives, in: Fritz W. Scharpf/Vivien A. Schmidt (Hg.): Welfare and Work in the Open Economy, Oxford, 19–68.
- Scharpf, Fritz W. (1987). Sozialdemokratische Krisenpolitik in Europa, Frankfurt.
- Schelkle, Waltraud (2001). Monetäre Integration. Bestandsaufnahme und Weiterentwicklung der neueren Theorie, Heidelberg.
- Soskice, David/Torben Iversen (1998). Multiple Wage-Bargaining Systems in the Single European Currency Area, in: Oxford Review of Economic Policy, 14 (3), 110–124.
- Tálos, Emmerich/Bernhard Kittel (1999). Sozialpartnerschaft und Sozialpolitik, in: Ferdinand Karlhofer/Emmerich Tálos (Hg.): Zukunft der Sozialpartnerschaft. Veränderungsdynamik und Reformbedarf, Wien, 137–164.
- Taylor, John B. (1993). Discretion versus Policy Rules in Practice, in: Carnegie-Rochester Conference Series on Public Policy, 39, 195–214.
- Thelen, Kathleen Ann (1991). Union of parts: labor politics in postwar Germany, Ithaca.
- Tichy, Gunther J. (1994). Konjunktur. Stilisierte Fakten, Theorie, Prognose, 2., völlig neu bearb. Aufl., Berlin u. a.
- Tomann, Horst (1997). Stabilitätspolitik. Theorie, Strategie und europäische Perspektive, Berlin u. a.
- Traxler, Franz/Sabine Blaschke/Bernhard Kittel (2001). Economic Internationalism As a Challenge to National Labour Relations: A Cross-National Analysis of Institutional Patterns, Change, and Performance, Oxford.
- Traxler, Franz/Bernhard Kittel (2000). The bargaining system and performance – A comparison of 18 OECD countries, in: Comparative Political Studies, 33 (9), 1154–1190.
- von Hagen, Jürgen (1992). Budgeting procedures and fiscal performance in the European Communities, in: European Communities. Commission. Directorate General for Economic and Financial Affairs (Economic Papers No. 96), 1–74.
- von Hagen, Jürgen/Ian J. Harden (1995). Budget processes and commitment to fiscal discipline, in: European Economic Review, 39 (3/4), 771–779.
- Willke, Gerhard (1992). Konjunkturpolitik, in: Manfred G. Schmidt (Hg.): Die westlichen Länder (Lexikon der Politik, Bd. 3), München, 199–206.

AUTOR

Henrik ENDERLEIN, geb. 1974, 1995 bis 1998 Studium der Wirtschafts- und Sozialwissenschaften am Institut d'Etudes Politiques in Paris („Sciences Po“), 1998 bis 1999 Ph.D.-Student in Politikwissenschaft und Fellow der Graduate School of Arts and Sciences an der Columbia University in New York, 1999 bis 2001 Doktorand am Max-Planck-Institut für Gesellschaftsforschung in Köln (Thema: „Wirtschaftspolitik in der Währungsunion: Die Auswirkung des Beitritts zur Europäischen Wirtschafts- und Währungsunion auf Konjunkturzyklen und die wirtschaftspolitischen Institutionen der Mitgliedsländer“). Forschungsinteressen: Politische Ökonomie, Wirtschaftspolitik, Europäische Integration, Internationale Beziehungen. Aktuelle Publikation: „Wechselnde Ansichten zu Wechselkursen“, in: Politische Vierteljahresschrift, 41/2000(4), 771–775.

Korrespondenzadresse: Max-Planck-Institut für Gesellschaftsforschung, Paulstrasse 3, D-50676 Köln, email: enderlein@mpi-fg-koeln.mpg.de.